

# Inhalt

<b>Vorwort des Herausgebers</b> .....	V
<b>Vorwort der Autorin</b> .....	VII
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	IX
<b>Einführung</b> .....	1
A. <i>Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit</i> .....	1
B. <i>Gang der Untersuchung</i> .....	5
<b>1. Teil Die Gesamtschuldanordnung</b> .....	7
<b>1. Kapitel Die Grundlagen</b> .....	7
A. <i>Die Gesamtschuldanordnung im Kontext des europäischen Kartellbußgeldrechts</i> ..	7
I. Der normative Rahmen .....	7
1. Die Verortung des Kartellbußgeldrechts im Sekundärrecht .....	7
2. Die Bußgeldnorm des Art. 23 Abs. 2 VO 1/2003 .....	8
a) Die Ermächtigungsgrundlage .....	8
b) Der Unternehmensbegriff .....	8
c) Der materielle Verstoß .....	9
d) Das Schuldprinzip .....	9
e) Die Bußgeldhöhe .....	10
3. Keine ausdrückliche Regelung der Gesamtschuldanordnung .....	10
II. Die Rechtsnatur der Kartellgeldbuße als Bezugsobjekt der Gesamtschuldanordnung ..	12
1. Das Bezugsobjekt .....	12
2. Die gesetzlichen Vorgaben .....	12
a) Die Sanktion .....	12
b) Der nicht strafrechtliche Charakter .....	13
3. Die Folgerungen für die Rechtsnatur .....	14
a) Der Zweck und die Wirkung der Kartellgeldbuße .....	14
b) Die Strafe im Sinne von Art. 6 Abs. 1 EMRK .....	14
c) Die Strafe im engeren und im weiteren Sinne .....	15
aa) Die europäische Rechtsprechung .....	15
bb) Die Literatur .....	16
cc) Eigene Stellungnahme .....	17
III. Die Adressaten der Gesamtschuldanordnung .....	18
1. Das Unternehmen im Sinne von Art. 23 Abs. 2 VO 1/2003 als Adressat der Gesamtschuldanordnung? .....	18
a) Das Problem .....	18
b) Die richterliche Herausbildung der Unternehmensdefinition im Rahmen der Art. 101, 102 AEUV .....	18
c) Der deckungsgleiche Unternehmensbegriff des Art. 23 Abs. 2 VO 1/2003 ..	19

aa) Die Streitfrage	19
bb) Die Position des EuGH	20
cc) Die Position des EuG	20
dd) Die Position der Kommission	21
d) Die Diskrepanz	22
2. Die Rechtsträger des Unternehmens im Sinne des Art. 23 Abs. 2 VO 1/2003 als Adressaten der Gesamtschuld	22
a) Keine Spaltung des Unternehmensbegriffs	22
b) Das praktische Erfordernis	23
<i>B. Der Gesamtschuldbegriff im Kontext des europäischen Kartellbußgeldrechts</i>	24
I. Das Begriffsverständnis der Unionsorgane	24
1. Die Terminologie	24
a) In den kartellrechtlichen Entscheidungen der Unionsorgane	24
b) Der Vergleich mit der mitgliedstaatlichen Terminologie	25
2. Der Begriffsinhalt	27
a) Die Stellungnahmen der Unionsorgane in den kartellrechtlichen Entscheidungen	27
b) Die Rückschlüsse aus dem sonstigen Unionsrecht	28
3. Das Zwischenergebnis	29
II. Die Methodik der Begriffsbestimmung	30
1. Der autonome Begriff des Unionsrechts	30
2. Die wertende Rechtsvergleichung	31
III. Das nationale Begriffsverständnis	34
1. Die Gemeinsamkeiten	34
2. Die Zwecke	36
IV. Das Ergebnis	36
<b>2. Kapitel Der Befund</b>	38
<i>A. Die Entwicklung der Gesamtschuldpraxis</i>	38
I. Die frühe Gesamtschuldpraxis	38
1. Die Drittstaatsverhalte	38
2. 1972 – Die erstmalige Anwendung durch die Kommission	38
3. 1974 – Die Billigung durch den EuGH	39
4. 1977 – 1980: Die Fortsetzung	40
5. Die Aufarbeitung in der Literatur	41
a) Die zeitliche Verzögerung	41
b) Die Erkenntnisse	42
aa) Zu den Motiven	42
bb) Zum Inhalt und der Rechtsnatur der Gesamtschuld	43
cc) Zur Rechtsstaatlichkeit	43
II. Die Phase der Nichtanwendung	44
III. Die Festigung der gesamtschuldnerischen Praxis	45
1. In der Kommissionspraxis	45
2. In der Praxis der europäischen Gerichte	47
3. Die Meilensteine der europäischen Gesamtschuldpraxis	48
<i>B. Der Anwendungsbereich</i>	50
I. Die wirtschaftliche Einheit	50
1. Der Grundsatz	50
2. Exkurs: Vorfrage des Vorliegens einer wirtschaftlichen Einheit	52

a) Die Grundlagen . . . . .	52
b) Die Akzo-Vermutung . . . . .	53
c) Die Darlegung bei weniger als (fast) 100%-Beteiligungen . . . . .	54
II. Erweiterter Anwendungsbereich . . . . .	55
1. Andere Fallgruppe? . . . . .	55
2. Die Rechtsnachfolge . . . . .	56
a) Die Regeln . . . . .	56
b) Mögliche Anwendungsbereiche der Gesamtschuldanordnung bei der Rechtsnachfolge . . . . .	59
aa) Share Deal (mit und ohne spätere Verschmelzung auf den Erwerber) . . . . .	59
(I) Fälle, in denen die zuwiderhandelnde Gesellschaft und der Veräußerer fortbestehen . . . . .	59
(II) Fälle, in denen die zuwiderhandelnde Gesellschaft fortbesteht und der Veräußerer aufgehört hat zu existieren . . . . .	61
(III) Fälle, in denen der Veräußerer aber nicht die zuwiderhandelnde Gesellschaft fortbesteht, weil diese nach dem Share Deal auf den Erwerber verschmolzen wurde . . . . .	61
(IV) Fälle, in denen die zuwiderhandelnde Gesellschaft fortbesteht, aber ihre frühere Muttergesellschaft auf die neue Muttergesellschaft verschmolzen wurde . . . . .	62
(V) Fälle, in denen die zuwiderhandelnde Gesellschaft beim Erwerber fortbesteht und der Veräußerer auf eine vom Erwerber verschiedene Drittgesellschaft verschmolzen wurde . . . . .	64
bb) Asset Deal . . . . .	64
(I) Konzernfremder Asset Deal . . . . .	64
(II) Konzerninterner Asset Deal . . . . .	65
3. Die Haftungsübernahmeerklärungen . . . . .	66
III. Die Fallgruppen der Gesamtschuldanordnung bei Vorliegen einer wirtschaftlichen Einheit . . . . .	67
1. Mütter- und ihre direkten Tochtergesellschaften . . . . .	67
a) Der Standardfall . . . . .	67
b) Keine Gesamtschuld zwischen sukzessiven Muttergesellschaften . . . . .	70
2. Kette von Konzerngesellschaften . . . . .	71
3. Muttergesellschaft und mehrere Tochtergesellschaften (= Schwestergesellschaften) . . . . .	72
4. De facto Konzern . . . . .	73
5. Gemeinschaftsunternehmen und ihre Mütter . . . . .	75
IV. Die Ermessensausübung . . . . .	81
1. Kein Automatismus . . . . .	81
2. Mögliche Kriterien der Ermessensausübung . . . . .	81
a) Die Gerechtigkeitserwägungen . . . . .	81
aa) Die moralische Verantwortlichkeit . . . . .	81
bb) Die wirtschaftliche Verantwortlichkeit . . . . .	82
b) Die Zweckmäßigkeitserwägungen . . . . .	83
c) Die Vorgaben durch den EuGH . . . . .	84
d) Das Ergebnis . . . . .	85
C. <i>Der Stand der Auseinandersetzung in der Literatur</i> . . . . .	85
I. Die verbreitete Kritik . . . . .	85
II. Die Diskussion im Einzelnen . . . . .	86
1. Die Rechtsstaatlichkeit . . . . .	86
a) Die kritischen Stimmen . . . . .	86

b) Die verteidigenden Stimmen	88
2. Die Verwaltungsgrundsätze	89
3. Das Gesellschaftsrecht	90
<b>3. Kapitel Die Folgerungen</b>	<b>92</b>
A. Die Entstehung des Gesamtschuldverhältnisses	92
I. Das Problem	92
II. Die Analyse der Entscheidungspraxis	92
1. Aussagen, die für eine Wirkung ipso iure sprechen	92
2. Aussage, die für eine Begründung durch konstitutiven Akt spricht	94
3. Das Ergebnis	94
III. Die Literaturmeinung	96
IV. Erkenntnisse aus dem deutschen Verwaltungs- und Strafrecht	98
1. Allgemeines	98
2. Das Ordnungsrecht	98
3. Das Steuerrecht	100
4. Das Strafrecht	101
5. Die Zusammenfassung	101
V. Eigene Stellungnahme	102
1. Die Entstehung des Gesamtschuldverhältnisses durch die Gesamtschuld anordnung	102
a) Die Täterschaft der wirtschaftlichen Einheit erfüllt nicht die Merkmale der Gesamtschuld	102
aa) Die Merkmale der Gesamtschuld	102
bb) Die Schuldbeziehung zur Kommission	102
b) Der früheste Zeitpunkt der Entstehung im Außenverhältnis	103
2. Die Folgerungen für das Innenverhältnis	103
B. Die Rechtsnatur der Gesamtschuld anordnung im europäischen Kartellbußgeldrecht	104
I. Historische und aktuelle nationale Erfahrungen mit der Anwendung der Gesamtschuld außerhalb des Zivilrechts	104
1. Das römische Recht	104
a) Die Solidarhaftung von Mittätern eines Privatdelikts	104
b) Die Klagearten und ihre Rechtsfolgen	105
c) Die Rechtsnatur der »Schuld«	106
2. Beispiele für die Anwendung der Gesamtschuld im Bereich des Strafrechts i.e.S. und i.w.S. aus dem französischen und deutschen Recht	106
a) Das französische Recht	106
aa) Die Regelung des Art. 55 Code pénal a.F.	106
(I) Der Inhalt	106
(II) Die Rechtsnatur der »Schuld«	107
(III) Die Rechtsnatur der Gesamtschuld	108
bb) Die Regelung des Art. 1732 Code général des impôts a.F.	109
(I) Der Inhalt	109
(II) Die Rechtsnatur der »Schuld«	109
cc) Die sog. zivilrechtliche Mithaftung	110
(I) Die Rechtsnatur der »Schuld«	110
(II) Die Rechtsnatur der Gesamtschuld	110
b) Das deutsche Recht	110
aa) Beispiele geschriebener Gesamtschuldregelungen	110
(I) § 231 Abs. 3 StGB i.d.F. v. 1.1.1872	110

(1) Der Inhalt . . . . .	110
(2) Die Rechtsnatur der »Schuld« . . . . .	111
(II) § 42 GWB a.F. . . . .	111
(1) Der Inhalt . . . . .	111
(2) Die Rechtsnatur der »Schuld« und der gesamtschuld- nerischen Mithaftung . . . . .	112
bb) Die ungeschriebenen Anwendungsfälle der Gesamtschuld . . . . .	112
(I) Die richterliche Anordnung . . . . .	112
(II) Die Rechtsnatur der »Schuld« laut Rechtsprechung . . . . .	113
(III) Die Rechtsnatur der »Schuld« und der Gesamtschuld laut Literatur . . . . .	113
II. Die rechtliche Qualifizierung der Gesamtschuldpraxis im europäischen Kartell- bußgeldrecht . . . . .	114
1. Haftung oder Ahndung . . . . .	114
a) Problemstellung . . . . .	114
b) Die Begrifflichkeiten . . . . .	115
aa) Die Haftung . . . . .	115
bb) Der Haftungsdurchgriff . . . . .	115
cc) Die Ahndung . . . . .	116
dd) Die Zusammenfassung . . . . .	117
c) Die Analyse der Unionspraxis . . . . .	117
aa) Aussagen, die für eine Haftung sprechen . . . . .	117
(I) Die Bezeichnung als Haftung . . . . .	117
(II) Die Akzessorietät . . . . .	118
(III) Die Rechtsträger als Repräsentanten . . . . .	118
bb) Aussagen, die für einen Ahndungscharakter sprechen . . . . .	119
(I) Die Bezeichnung als Geldbuße . . . . .	119
(II) Das Zurechnungskonzept des EuGH . . . . .	120
(III) Das Verschuldenskriterium . . . . .	122
d) Das Ergebnis . . . . .	123
2. Die Rechtsnatur der Gesamtschuldanordnung . . . . .	124
a) Einführung . . . . .	124
b) Die strafverschärfende Wirkung der Gesamtschuldanordnung . . . . .	124
aa) Der Begriff der Strafverschärfung . . . . .	124
bb) Das betroffene Subjekt . . . . .	124
cc) Die absolute Sanktionshöhe . . . . .	125
dd) Die relative Sanktionshöhe . . . . .	128
(I) Der Grundbetrag . . . . .	128
(II) Der Abschreckungszuschlag . . . . .	129
(III) Die Wiederholungstäterschaft . . . . .	130
ee) Der Zugriff auf weitere Vermögenstöpfе aus Sicht der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	133
(I) Variante 1 . . . . .	133
(II) Variante 2 . . . . .	134
ff) Die Auswirkung der Gesamtschuldanordnung auf die Handelsbilanz . . . . .	134
gg) Die rechtlichen Nachteile aus Rechtsträgersicht . . . . .	136
c) Der punitive Charakter . . . . .	137
d) Das Ergebnis . . . . .	139
<b>4. Kapitel Die materiell-rechtlichen Probleme . . . . .</b>	<b>140</b>
<i>A. Der Gesetzesvorbehalt im Unionsrecht . . . . .</i>	<i>140</i>

I.	Der allgemeine Rechtsgrundsatz <i>nullem crimen, nulla poena sine lege</i> . . . . .	140
II.	Art. 49 Abs. 1 Grundrechte-Charta, Art. 7 EMRK . . . . .	141
III.	Art. 52 Grundrechte-Charta . . . . .	141
IV.	Der Delegationsvorbehalt . . . . .	142
<i>B.</i>	<i>Die Folgerungen zur Gesetzmäßigkeit der Geldbuße mit Gesamtschuldanordnung</i> . .	143
I.	Die VO 1/2003 als Rechtsgrundlage für Strafen i.w.S. . . . .	143
1.	Die Rechtsetzungskompetenz . . . . .	143
2.	Die Rechtsnatur der VO 1/2003 . . . . .	144
3.	Keine ausdrückliche Ermächtigung zur Anordnung der Gesamtschuld in Art. 23 Abs. 2 VO 1/2003 . . . . .	144
II.	Die Auslegung . . . . .	145
1.	Einführung . . . . .	145
2.	Die Analyse der Entscheidungspraxis . . . . .	145
a)	Die affirmative Feststellung . . . . .	145
b)	Der Unternehmensbegriff . . . . .	146
c)	Die »implied powers« . . . . .	148
d)	Die Auslegung außerhalb des Wortsinns vor dem Hintergrund des Bestimmtheitsgrundsatzes und des Analogieverbots . . . . .	149
3.	Die Kritik . . . . .	150
a)	Die Auslegung innerhalb der Wortsinnengrenze . . . . .	150
aa)	Der strenge Bestimmtheitsgrundsatz als Folge des Wesentlichkeits- gedankens . . . . .	150
(I)	Der demokratische Wesentlichkeitsgrundsatz im nationalen Verfassungsrecht . . . . .	150
(II)	Der demokratische Wesentlichkeitsgrundsatz im Unionsrecht . . . .	151
bb)	Das Analogieverbot . . . . .	152
b)	Die Unvereinbarkeit mit Rechtsstaatsgrundsätzen bei Unterstellung einer zulässigen Auslegung außerhalb der Wortsinnengrenze . . . . .	153
aa)	Die Unterstellung . . . . .	153
bb)	Die Unvereinbarkeit mit Rechtsstaatsgrundsätzen . . . . .	153
(I)	Die Grundsätze der persönlichen Verantwortlichkeit und individuellen Zumessung von Strafen und Sanktionen . . . . .	153
(II)	Die Grundsätze der Rechtsfolgenbestimmtheit, Rechtssicherheit und Verhältnismäßigkeit . . . . .	154
4.	Das Ergebnis . . . . .	155
<b>5. Kapitel</b>	<b>Die verfahrensrechtlichen Probleme</b> . . . . .	157
<i>A.</i>	<i>Das Kartellverwaltungsverfahren</i> . . . . .	157
I.	Die ordnungsmäßige Beteiligung der Gesamtschuldner am Verfahren . . . . .	157
1.	Die Grundsätze . . . . .	157
a)	Die Verteidigungsrechte . . . . .	157
b)	Die Rechtsfähigkeit der Verfahrensbeteiligten . . . . .	158
2.	Die Rechtsprechung der Unionsgerichte zur Beteiligung der Gesamtschuldner am Verfahren . . . . .	158
a)	Der Zeitpunkt der Beteiligung . . . . .	158
b)	Die Adressierung der Beschwerdepunkte . . . . .	159
c)	Der Inhalt der Beschwerdepunkte . . . . .	160
3.	Die Kommissionspraxis . . . . .	161
II.	Die verfahrensrechtlichen Erklärungen . . . . .	161
1.	Die Kronzeugenanträge . . . . .	161

a)	Das Problem	161
b)	Die Leniency-Mitteilung 2006	162
c)	Der Kronzeugenantrag	165
aa)	Die Befugnis nach deutschem Gesellschaftsrecht	165
bb)	Der Informationsanspruch im Konzernverbund	166
cc)	Der Informationsanspruch nach Auflösung der wirtschaftlichen Einheit	167
d)	Die Erstreckung der Kronzeugenvorteile	167
aa)	Die Praxis der Unionsorgane	167
bb)	Eigene Stellungnahme	170
2.	Die Settlementerklärung	171
III.	Das Ermessen der Kommission	172
1.	Die Geltung von allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen	172
2.	Die Auswahl der Bußgeldadressaten	173
a)	Die relevanten Bestimmungen	173
b)	Die Folgerungen	173
c)	Die Grenzen des Ermessens	173
3.	Die Auswahl des Zahlungspflichtigen	175
4.	Die Auswahl in der Zwangsvollstreckung	175
B.	Das gerichtliche Verfahren	176
I.	Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Klage	176
1.	Die Klagebefugnis	176
a)	Der Adressat	176
b)	Der unmittelbar und individuell Betroffene	177
2.	Exkurs: Die Streithilfe	179
a)	Die Grundlagen	179
b)	Die rechtlichen Voraussetzungen	181
c)	Eigene Stellungnahme	181
3.	Das Rechtsschutzinteresse	182
a)	Die Voraussetzungen	182
b)	Wegfall des Rechtsschutzinteresses?	183
II.	Die prozessual gestörte Gesamtschuld	184
1.	Das Problem	184
2.	Die Anfechtung allein durch die zuwiderhandelnde Tochtergesellschaft	185
a)	Der Grundsatz der Bestandskraft, der Grundsatz ne ultra petita und die Wirkung inter partes	185
b)	Die Anwendung der Grundsätze in Kartellsachen	185
c)	Die Durchbrechung der Bestandskraft	187
aa)	Actus contrarius	187
bb)	Die Folgenbeseitigungspflicht der Kommission	188
(I)	Die Position der Unionsorgane	188
(1)	Rechtssicherheit versus materielle Gerechtigkeit	188
(2)	Der Sonderfall SNUPAT	190
(3)	Die Gesamtschuldnerfälle	190
(II)	Die rechtlichen Ansätze zur Durchbrechung der Rechtskraft	192
(1)	Die Akzessorietät	192
(2)	Art. 266 AEUV	193
(3)	Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und das Gebot der Gleichbehandlung	194
3.	Die Anfechtung durch die Mutter- und die Tochtergesellschaft in getrennten Verfahren	196
a)	Die Rechtssache Tomkins	196

aa) Der Sachverhalt . . . . .	196
bb) Die Nichtigkeitsklagen . . . . .	196
cc) Das Urteil des EuGH . . . . .	197
b) Die Folgerungen . . . . .	199
c) Eigene Stellungnahme . . . . .	200
4. Das Ergebnis zur prozessual gestörten Gesamtschuld . . . . .	204
<b>2. Teil Der Gesamtschuldnerausgleich . . . . .</b>	<b>205</b>
<b>1. Kapitel Vertragliche Vereinbarungen . . . . .</b>	<b>205</b>
A. Vereinbarungen unter den Gesamtschuldnern . . . . .	205
B. Vereinbarungen in einem Unternehmenskaufvertrag . . . . .	208
<b>2. Kapitel Die Regressklage . . . . .</b>	<b>210</b>
A. Die Zuständigkeit der Gerichte . . . . .	210
I. Die Gerichte der Mitgliedstaaten . . . . .	210
II. Die internationale Zuständigkeit . . . . .	210
B. Die Verortung des Ausgleichsanspruchs im Unionsrecht oder im nationalen Recht . . . . .	212
I. Der Vorrang des Unionsrechts . . . . .	212
1. Die Grundlagen . . . . .	212
2. Beispiele aus der europäischen Rechtsprechung . . . . .	213
a) Die vorrangige Regelung im Unionsrecht . . . . .	213
b) Die Anwendung des Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatzes . . . . .	214
c) Die Grenzen des Vorrangs . . . . .	215
II. Die nationalen Ausgleichsregelungen . . . . .	215
III. Beachtung der Vorgaben des Unionsrechts? . . . . .	218
1. Die Position des EuGH . . . . .	218
2. Die Position des BGH . . . . .	219
3. Eigene Stellungnahme . . . . .	220
a) Die Begründung einer Rechtsposition im geschriebenen Unionsrecht? . . . . .	220
b) Die Begründung einer Rechtsposition durch die Gesamtschuldneranordnung? . . . . .	220
aa) Der Rechtswille . . . . .	220
bb) Das Wesen der Gesamtschuld . . . . .	221
c) Die Bedeutung des effet utile-Grundsatzes . . . . .	223
C. Das konkret anwendbare Recht . . . . .	226
I. Die Bestimmung . . . . .	226
II. Die Anspruchsgrundlage im deutschen Recht . . . . .	227
D. Die Prüfung des § 426 Abs. 1 BGB . . . . .	230
I. Die Gesamtschuldnerschaft . . . . .	230
1. Der Tatsachenvortrag . . . . .	230
2. Mögliche europarechtliche Grundlage einer Bindungswirkung . . . . .	232
a) Art. 16 Abs. 1 VO 1/2003 . . . . .	232
b) Aus allgemeinen primärrechtlichen Grundsätzen resultierende Beachtlichkeit . . . . .	233
3. Mögliche Bindungswirkung nach deutschem Recht . . . . .	236
a) Tatbestands- und Feststellungswirkung . . . . .	236
b) Die Folgerungen zur Gesamtschuldneranordnung . . . . .	237



4. Das Zwischenergebnis zur Bindungswirkung . . . . .	238
5. Die Subsumtion unter das Merkmal Gesamtschuldner . . . . .	239
a) Die Klage durch einen Bußgeldadressaten . . . . .	239
b) Die Klage durch eine selbst nicht bebußte, zur wirtschaftlichen Einheit gehörende Gesellschaft . . . . .	240
c) Der Fall der prozessual gestörten Gesamtschuld . . . . .	241
II. Die Haftungsverteilung . . . . .	242
1. Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte . . . . .	242
a) Die zugrundeliegende Kommissionsentscheidung . . . . .	242
b) Calciumcarbid 1 . . . . .	242
c) Calciumcarbid 2 . . . . .	243
aa) Sachverhalt und Verfahrensverlauf . . . . .	243
bb) Die Haftungsverteilungskriterien . . . . .	245
(I) Verursachungs- und Verschuldensbeiträge . . . . .	245
(II) Der wirtschaftliche Erfolg . . . . .	245
(III) Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit . . . . .	246
(IV) Kartellbefangene Umsätze . . . . .	246
2. Die Folgerungen für die Praxis . . . . .	247
a) Allgemeine Erwägungen . . . . .	247
b) Die Auswertung . . . . .	247
aa) Die »exklusiven« Anteile . . . . .	247
bb) Die Quotelung . . . . .	248
cc) Die Kappung . . . . .	249
3. Eigene Stellungnahme . . . . .	250
a) Die Bewertung des BGH-Urteils . . . . .	250
b) Die Anwendbarkeit von § 254 BGB analog . . . . .	251
c) Die Haftungsverteilung . . . . .	253
aa) Die Bindung des nationalen Richters . . . . .	253
bb) Die Quotelung anhand der Verursachungs- und Verschuldensbeiträge . . . . .	256
(I) Die aktive Beteiligung sämtlicher Gesamtschuldner . . . . .	256
(II) Die Diskussion der Unterlassungstäterschaft . . . . .	257
(III) Die Mithaftung . . . . .	259
cc) Weitere Umstände . . . . .	260
(I) Grundsätzliches . . . . .	260
(II) Die kartellbefangenen Umsätze . . . . .	261
(III) Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit . . . . .	261
(IV) Der Gewinn . . . . .	261
dd) Die Haftung nach Kopfteilen . . . . .	263
ee) Das sachgerechte Ergebnis . . . . .	263
E. Die Prüfung des § 426 Abs. 2 BGB . . . . .	264
<b>3. Teil Die Schadensersatzansprüche . . . . .</b>	<b>267</b>
<b>1. Kapitel Bußgeldrechtliche und kartelldeliktische Gesamtschuldhaftung . . . . .</b>	<b>267</b>
<b>2. Kapitel Die Geltendmachung . . . . .</b>	<b>268</b>
A. Die zuständigen Gerichte und das anwendbare Recht . . . . .	268
I. Die internationale Zuständigkeit . . . . .	268
II. Das anwendbare Recht . . . . .	270

## Inhalt

---

<i>B. Die Passivlegitimation</i> . . . . .	271
I. Die Adressaten des § 33 Abs. 1, 3 GWB unter der aktuellen Rechtslage . . . . .	271
II. Die Änderungen durch die Umsetzung der Schadensersatzrichtlinie . . . . .	272
<i>C. Die Anspruchsvoraussetzungen</i> . . . . .	273
I. Die aktuelle Rechtslage . . . . .	273
1. Die Tatbestandsmerkmale des § 33 Abs. 3, 1 GWB . . . . .	273
2. Mögliche Bindungswirkungen . . . . .	273
3. Der effet utile-Grundsatz . . . . .	274
4. Die allgemeine Durchgriffshaftung . . . . .	276
II. Die Änderungen durch die Umsetzung der Schadensersatzrichtlinie . . . . .	276
<i>D. Die Haftungseinheit</i> . . . . .	278
<i>E. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis der wirtschaftlichen Einheit</i> . . . . .	279
<b>4. Teil Der Ausblick</b> . . . . .	281
<b>1. Kapitel Die Erkenntnis</b> . . . . .	281
<b>2. Kapitel Die »Schadensbegrenzung«</b> . . . . .	284
<i>A. Der Appell an die Unionsorgane</i> . . . . .	284
I. Der Vorschlag zur Einrichtung eines institutionalisierten Verfahrens zur Aufteilung der gesamtschuldnerischen Geldbuße bei der Kommission . . . . .	284
II. Die Berücksichtigung von Compliance-Maßnahmen . . . . .	286
<i>B. Die schadensbegrenzenden Möglichkeiten der Konzerne</i> . . . . .	287
<b>5. Teil Die Zusammenfassung in Thesen</b> . . . . .	291
<b>Abkürzungen</b> . . . . .	297
<b>Literatur</b> . . . . .	301
<b>Sachregister</b> . . . . .	329